

„Leben auf einem anderen Stern“

„Dilettantismus ist ein bitter Vorwurf, trifft aber zu“, heißt es in dem BLIX-Artikel über die Misere der Kliniken im Kreis Biberach (Prinzip Hoffnung, BLIX 5/2012). Diesen Vorwurf will Eugen Schlachter nicht auf sich sitzen lassen und verweist darauf, dass er als Mitglied des Kreistages bereits im November 2009 in seiner Haushaltsrede auf die schon damals

offensichtlichen Probleme aufmerksam gemacht hat. Vergeblich. Der ehemalige Landtagsabgeordnete der Grünen seziert im Gespräch mit BLIX die Vorgeschichte und gibt Einblicke ins kommunalpolitische Geschehen. Sein Fazit: „Alle, auch die jetzigen Krankenhausaktivisten übten sich in der Vogel-Strauß-Politik.“



Eugen Schlachter ist seit Juli 2009 Kreistagsmitglied des Ökologisch-Grünen Bündnisses und war von Februar 2008 bis Mai 2011 als Nachrücker für Oswald Metzger Landtagsabgeordneter der Grünen und deren finanzpolitischer Sprecher. Der 55-jährige Maseheimer ist Bankvorstand der Raiffeisenbank Dellmensingen e.G..

Herr Schlachter, Sie sind nicht damit einverstanden, dass der gesamte Kreistag bei der Frage der Zukunftssicherung der Kliniken im Landkreis Biberach versagt habe, indem er noch vor einem Jahr die Beibehaltung der Standorte in Riedlingen und Laupheim sowie Ochsenhausen beschlossen hatte und nun angesichts eines Defizits von fast zehn Millionen Euro einen Salto rückwärts machen muss? Eine solche Politik lässt sich doch beim besten Willen nicht vermitteln!

Um zu verstehen, wie es zu der heutigen Situation kam, muss man auf die Historie schauen, die wahrlich kein Ruhmesblatt für die Entscheidungsträger hergibt, aber eben auch nicht für die Öffentlichkeit, insbesondere die Medien, die am Thema gänzlich uninteressiert waren. Denn

sonst hätte man bereits vor drei Jahren mit der Diskussion beginnen können und müssen, was wichtig gewesen wäre, um Zeit und viel Geld zu sparen.

Dann lassen Sie uns diesen Blick in die Historie werfen. Sie nehmen für sich in Anspruch, ja bereits in Ihrer Haushaltsrede am 18. November 2009 auf die prekäre Situation der Kreiskliniken aufmerksam gemacht zu haben. Sie forderten damals, ich zitiere: „Deshalb muss bei diesem Thema alles in Frage gestellt werden, was uns in der Vergangenheit immer als richtig erschien ... Wir brauchen eine parlamentarische und eine gesellschaftliche Diskussion darüber, wohin der Weg der Kliniken des Landkreises führen soll.“ Warum waren Sie schlauer als die anderen?

Ich war nicht schlauer, ich verfügte über dieselben Informationen wie alle Kreistagsmitglieder auch.

Und welche waren das?

Es sind Unterlagen, welche den Mitgliedern des Kreistages am 7. November 2009 im Rahmen einer Klausurtagung zur Verfügung gestellt und fachkundig erläutert wurden. Die Unterlagen basieren auf dem Ergebnis des Jahresabschlusses 2008.

Und was stand in den Dokumenten?

Dass es einen Sanierungsstau von 49,6 Millionen Euro gab. Also Reparaturen und so weiter, welche hätten längst ausgeführt werden müssen. Dieser Sanierungsstau in Höhe von 49,6 Millionen Euro ist insbesondere deshalb interessant, weil der vormalige Landrat Peter Schneider immer wieder darauf verweist, dass er Rücklagen in Höhe von 20 Millionen Euro übergeben habe. Zieht man den Saldo, dann kommt man ohne Taschenrechner auf ein Minus-Kapital von 29,6 Millionen Euro. Das heißt, die Kliniken GmbH war zu diesem Zeitpunkt de facto bereits pleite.

Sie sprechen von Hinterlassenschaften des vom ehemaligen Geschäftsführers Winfrid Dullenkopf und Ex-Landrats Peter Schneider?

Wie die mir vorliegenden Unterlagen belegen, ist das, was die beiden Herren bei den Kliniken des Landkreises hinterlassen haben aus meiner Sicht wahrlich kein Ruhmesblatt. Ein gut bestelltes Haus sieht anders aus.

Der personelle Wechsel fand im Landratsamt aber schon im Oktober 2006 statt und der neue Geschäftsführer Hartmut Masanek kam im Sommer 2007 nach Biberach. Reichen die Versäumnisse denn tatsächlich so weit zurück, dass deren Vorgänger Schneider und Dullenkopf bereits den Karren in den Dreck gefahren haben?

Nun, per Saldo 29,6 Millionen Euro sind kein Pappenstiel, das sind Altlasten, die kräftig zu Buche schlagen. Aber auch wenn das Jahresergebnis von 2008 gerade noch eine schwarze Null auswies, was ebenfalls aus den Unterlagen hervorging, so war ein weiteres Dokument mit der Bezeichnung „Standortstrukturkosten“ ein Wink mit dem Zaunpfahl, was die Zukunft anbelangte. Denn hierin wurde aufgezeigt, dass mit einem jährlichen Minus von 8,4 Millionen Euro zu rechnen sein wird. Insofern sollte doch niemand überrascht sein, wenn wir im Jahresabschluss 2011 einen Verlust von 9,5 Millionen Euro ausweisen. Das immer noch positive Ergebnis 2008 hatte seinen Hintergrund übrigens darin, dass es von 2004 bis 2009, während der so genannten Konvergenzphase, für kleinere Kliniken einen erhöhten Landesbasisfallwert gab, wovon die Kliniken GmbH in Biberach profitierte, aber es eben auch absehbar war, dass die Erlöse ab 2010/11 zwangsweise stagnieren beziehungsweise nach unten gehen werden.

Und trotz all dieser Zahlen und Fakten beschloss der Kreistag unisono mit dem Aufsichtsrat im März 2011 die Beibehaltung der Standorte Riedlingen und Laupheim und die Überführung des Krankenhauses in Ochsenhausen zu einem ambulanten Gesundheitszentrum sowie ein Klinikneubau in Biberach für insgesamt 56 Millionen Euro. Das ist ja grob fahrlässig?

Ich muss mir nicht vorwerfen lassen, hinterher schlauer sein zu wollen. Für meine Warnungen in meiner Haushaltsrede im November 2009 wurde ich ausgebuht, der Lüge bezichtigt und insbesondere in Riedlingen hagelte es in der



Lautstarker Protest aus Riedlingen und Laupheim begleitete die Kreistagsitzung am 30. März in Biberach. Am 15. Mai, 14 Uhr, tritt nun der Kreistag in Schemmerhofen in der Mühlbachhalle erneut zusammen, um über die Zukunft der Kliniken im Landkreis zu entscheiden. Fotos: Made Höld

Folge Leserbriefe gegen mich. In Laupheim und Riedlingen wollte niemand die Wahrheit hören. Nach dem Motto: Was nicht sein darf, das nicht sein kann. Auch war keine Kreisrätin oder Kreisrat aus Laupheim und Riedlingen bereit, mit mir das Thema ‚Kliniken‘ schon im Spätherbst 2009 anzupacken mit dem Ziel, eines zentralen Standortes in Biberach und Spezialkliniken in Laupheim und Riedlingen zu schaffen.

Wo war Peter Schneider?

Wer damals noch davon träumte, an diesen Standorten Häuser der Grund- und Regelversorgung halten zu können, lebte wohl auf einem anderen Stern. Aber damals, 2009, wäre ein Umsteuern noch möglich gewesen. Alle, auch die jetzigen Krankenhausaktivisten übten sich in der Vogel-Strauß-Politik. Wo waren die Riedlinger und Laupheimer Krankenhauskämpfer damals? Warum erhielt ich im Kampf um diese Krankenhäuser von den jeweiligen Raumschaften keine Rückendeckung? Ich wusste damals, dass meine klare Haltung den Verlust des Landtagsmandates bedeuten konnte.

Stattdessen erfolgte der hinlänglich bekannte Beschluss vom 15. März 2011.

Dieser Beschluss entsprang einer Realitätsver-

weigerung. Alle Kreisräte, welche den Beschluss zum 3-Standort-Modell befürwortet haben, hatten Kenntnis von den oben genannten Zahlen und hatten auch das komplette Unterlagenwerk, auf das ich mich bezog und hier beziehe.

Zur Entschuldigung muss man allerdings hinzufügen, dass für die politischen Rahmenbedingungen, die der Gesetzgeber in Berlin und Stuttgart vorgibt und die das Überleben von Krankenhäusern auf dem flachen Land enorm erschweren, die Kreisräte nicht verantwortlich gemacht werden können.

Das ist richtig und falsch zugleich! Denn Fakt ist: Franz Romer, Kreisrat und ehemaliger CDU-Bundestagsabgeordneter, und sein Nachfolger Josef Rief, ebenfalls MdB und Kreisrat, haben für die Beibehaltung der drei Standorte votiert, während insbesondere Romer in Berlin das Krankenhausentgeltgesetz durchgewinkt hat. Und wo war der damalige CDU-Kreisvorsitzende

und Landtagsabgeordnete, als in Berlin die Entscheidungen gegen flächendeckende Klinikstrukturen liefen? Wo war Peter Schneider, als ich im Landtag im Frühjahr 2009 im Haushalt 40 Millionen Euro Erhöhung bei den Klinikfinanzierungsmitteln beantragt habe, die die CDU damals einstimmig abgelehnt hat? Das sind Fragen, die diskutiert gehören, denn die Kreiskliniken sind ein gutes Beispiel dafür, dass in der Politik Dinge nicht angepackt werden, weil sie vermeintlich schwierig sind. In Wirklichkeit sind die Dinge aber nur deshalb schwierig, weil wir nicht wagen, sie anzupacken.

